

Vierzig Jahre Sechstagekrieg: Strukturelle Prägekraft für den Nahen Osten

Martin Beck

Wie unzählige Kommentare und Publikationen zum vierzigsten Jahrestag des Sechstagekrieges zeigen, wird dieser auch heute noch in Wissenschaft und Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Häufig stehen dabei Ursachen und ethische Bewertung des Krieges im Vordergrund. Von zumindest ebenso hoher Relevanz sind jedoch dessen strukturelle Wirkungen, die bis heute die geopolitische Konstellation und vor allem auch die Identitäten der Akteure prägen.

Analyse:

- Kaum ein anderes Ereignis im 20. Jahrhundert hatte einen so tiefen und nachhaltigen Einfluss auf die regionalen Strukturen des Nahen Ostens. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts lassen sich die Entwicklungen im israelisch-arabischen Konflikt und wesentliche Aspekte der Politik in Israel, der arabischen Welt und deren Beziehungen zum Westen nicht ohne Berücksichtigung der israelischen Kampagne im Juni 1967 erklären.
- In den drei Teilkriegen, die Israel gegen Ägypten, Syrien und Jordanien führte, eroberte es die Sinaihalbinsel und den Gazastreifen, die Golanhöhen sowie das Westjordanland inklusive Ostjerusalem. Der Umgang mit den eroberten Gebieten umfasste in der Folgezeit so unterschiedliche Politiken wie Rückgabe im Austausch für formalen Frieden bis hin zu systematischer Besiedlung und Annexion. In jedem Fall wurden dabei die geopolitischen Realitäten im Nahen Osten nachhaltig verändert.
- Der Krieg prägte die Identitäten der beteiligten Staaten und Nationen sowie der arabischen Nachbarn nachhaltig. Israel gewann ein völlig neues Selbstbewusstsein, aber auch die palästinensischen Akteure entwickelten infolge des Krieges ein anderes Selbstverständnis. In der arabischen Welt wurden die Grenzen zwischen revolutionären und pragmatisch-konservativen Akteuren sowie das Verhältnis zu den USA und zum Westen neu definiert.

Key words: Sechstagekrieg, Naher Osten, Israel, Palästina, arabische Welt

1. Einleitung

Der Sechstagekrieg 1967 und seine Folgen prägten die Politik des Nahen Ostens und dessen Beziehungen zum Westen wie kaum ein anderes Ereignis des 20. Jahrhunderts. Im folgenden soll es zunächst darum gehen, die in ihrer Komplexität häufig unterschätzten, bis heute wirksamen geopolitischen Effekte des Junikrieges zu beleuchten. Anschließend soll die in der Debatte zu wenig beachtete Prägenkraft des Sechstagekrieges für die Identitäten der Akteure Israels, Palästinas und der arabischen Welt eingehender beleuchtet werden.

2. Geopolitik

Nur im Falle der Sinaihalbinsel gelang es Israel, die eroberten Gebiete als Faustpfand für einen förmlichen Friedensschluss einzusetzen. Im Oktober 1973 hatte Ägypten noch eine militärische Revision angestrebt und versucht, in Allianz mit Syrien die besetzten Gebiete zurückzuerobern, Israel konnte sich hingegen nach anfänglichen Erfolgen der arabischen Armeen auf dem Sinai und dem Golan behaupten. Eine Rede Anwar al-Sadats vor der Knesset bildete dann 1977 den spektakulären Ausgangspunkt für den Friedensprozess von Camp David, bei dem der ägyptische Präsident mit Menachem Begin, dem Ministerpräsidenten Israels, unter Vermittlung des US-amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter einen Friedensvertrag aushandelte, der 1979 unterschrieben werden konnte.

Die syrischen Golanhöhen befinden sich hingegen weiterhin unter der Kontrolle Israels, das sie 1981 sogar förmlich annektierte. Dies geschah freilich ohne internationale Anerkennung. Gleiches gilt für Ostjerusalem, das Israel gegenüber 1967 weiträumig um Gebiete im Westjordanland erweiterte und 1980 per Gesetz als Teil seiner „ewigen, unteilbaren Hauptstadt“ fest schrieb. Eine andere Form der Besatzung erfuhren das Westjordanland und der Gazastreifen: Das Westjordanland wurde nach israelischem Verständnis unter „Verwaltung“ gestellt, die im Rahmen des Osloer Friedensprozesses von 1993 eine Modifizierung erfuhr: Während palästinensische Städte und Dörfer der Zone A und B unter weitgehende palästinensische Selbstverwaltung kamen, verblieb mit Zone C – den israelischen Siedlungen, dem Straßennetz und Gebieten von strategischer Bedeutung – der größte Teil des Territoriums unter der militärischen Kontrolle Isra-

els.¹ Prinzipiell galt dies auch für den Gazastreifen, der seit dem Friedensprozess allerdings bereits zu rund 60 % palästinensisch verwaltet wurde, ehe Israel den Küstenstreifen im August 2005 verließ, d. h. sein Militär abzog und alle Siedlungen räumte. Ein wesentliches Moment der Besatzung wurde allerdings nicht aufgegeben: Nach wie vor besteht Israel darauf, die Mobilität von Personen und Waren in den und aus dem Gazastreifen zu Luft, zu Wasser und zu Boden weitgehend zu kontrollieren, der Küstenstreifen ist also nicht in die Unabhängigkeit entlassen. Just vierzig Jahre nach dem Junikrieg manifestierte sich diese Situation in einer weitgehenden Isolierung des Gazastreifens von der Außenwelt, mit der Israel auf die Machtübernahme der Hamas reagierte.

Sowohl Israel als auch Ägypten verfolgten Ende der 1970er Jahre bei ihrem Tauschhandel „Land für Frieden“ primär machtpolitische, auf ihre Position zu den USA gerichtete Interessen, und für die Entwicklung eines umfassenden Friedens sollte sich das Verhandlungsergebnis von Camp David als eher hinderlich herausstellen. Dieser Befund erklärt sich damit, dass der israelische Sieg 1967 nicht nur die geopolitische Binnenlogik des Nahen Ostens, sondern ebenso die Einbindung dieser Weltregion in das internationale System als Ganzes umwälzte. Bis dato hatten die USA im Nahostkonflikt eine lavierende Haltung eingenommen: Keine US-Regierung wollte über die innenpolitisch motivierte Rücksichtnahme auf Israel die Wahrung außenpolitischer Interessen gegenüber der arabischen Welt riskieren, die seit dem Zweiten Weltkrieg von überragender energiepolitischer Bedeutung war. So wurde eine aktive Unterstützung Israels bis zum Junikrieg weitgehend europäischen Verbündeten überlassen, allen voran Frankreich im militärischen und der Bundesrepublik Deutschland im finanzpolitischen Bereich. Durch den israelischen Triumph im Sechstagekrieg aber eröffnete sich den USA die Chance, auf ungeahnt einfache Weise einen wichtigen Teilsieg im Ost-West-Konflikt zu erringen: Als Israel die von der Sowjetunion hoch gerüsteten Armeen Ägyptens und Syriens vernichtend schlug, war die von Israel lange angestrebte Allianz mit den USA für Washington gleichfalls sehr attraktiv.

¹ Neben Ostjerusalem, das aus der Osloer Interimslösung vollständig ausgeklammert wurde, galt auch für die (nach Ostjerusalem) größte palästinensische Stadt im Westjordanland – Hebron – eine Ausnahmeregelung: Sie wurde 1997 in einen israelisch kontrollierten und einen palästinensisch verwalteten Sektor geteilt.

Die demokratische Verfasstheit Israels und die vom Holocaust herrührende moralische Verbundenheit mit Israel haben die Allianz in den USA und bei vielen ihrer Verbündeten legitimiert und stabilisiert, der Grundstein der – wie es Jimmy Carter im Jahre 1977 fasste – „besonderen Beziehung“ zwischen den USA und Israel wurde indes zehn Jahre zuvor durch Realpolitik im Sinne machtpolitischer Rationalitäten gelegt.

Sadat zog aus dem verlorenen Krieg 1967 und dem 1973 gescheiterten Versuch einer militärischen Korrektur die Lehre, dass sich Ägyptens verringerte regional- und weltpolitische Bedeutung nur dann wenigstens partiell zurückgewinnen ließe, wenn die Seiten im Ost-West-Konflikt gewechselt würden. Dies implizierte zwar, die israelisch-amerikanische Allianz als *Fait accompli* anerkennen und mit Israel Frieden schließen zu müssen, ermöglichte es Kairo aber immerhin, als zweiter Verbündeter der USA im Nahen Osten aufzutreten. Für die USA wiederum bedeutete der in Camp David vermittelte Frieden, den Ost-West-Konflikt – zehn Jahre bevor er sich global auflöste – in einer strategisch wichtigen Weltregion entschieden zu haben: Seit 1979 steht nicht nur Israel, sondern auch das mächtigste arabische Land, über das die Sowjetunion in den 1960er Jahren den Ost-West-Konflikt in den Nahen Osten getragen hatte, fest an der Seite Washingtons.

Die Anwendung des Prinzips „Land für Frieden“ im ägyptischen Fall hat die Übertragung auf den israelisch-syrischen und erst recht auf den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht etwa erleichtert, sondern erschwert. Ebenso wie im Falle Ägyptens war die strategische Bedeutung Syriens im Nahen Osten durch den Sechstagekrieg nachhaltig geschwächt. Mit dem israelisch-ägyptischen „Separatfrieden“ von 1979 ging jede realistische Aussicht auf Änderung der regionalen Machtverhältnisse zugunsten der arabischen Seite verloren: Seit Ägypten seine Rolle als „Fronstaat“ gegenüber Israel abgestreift hat, steht Syrien Israel militärisch hilflos gegenüber. Diese machtpolitische Schwäche gegenüber Israel setzte Syrien jedoch ideologisch in Wert, indem es sich an die Spitze jener arabischen Akteure stellte, die den ägyptischen Friedensschluss mit Israel als Verrat an den Interessen der palästinensischen Nation brandmarkten: Entgegen dem Beschluss des Gipfeltreffens der Arabischen Liga in Rabat aus dem Jahre 1974, dem zufolge die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes ist, fand die PLO in dem von Ägypten und

Israel 1978 (neben dem bilateralen Friedensvertrag) ausgehandelten *Framework for Peace in the Middle East* nicht einmal Erwähnung. Syrien konnte sich somit als letzter „aufrechter Frontstaat“ gegen Israel positionieren, weshalb es nur einen geringen Anreiz hat, von seiner – je nach Perspektive maximalen oder konsequenten – Position abzurücken, dass Israel seine Besatzung beenden müsse, ohne hieran weitreichende Bedingungen zu stellen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erscheint ein israelisch-syrischer Frieden nur dann aussichtsreich, wenn die USA gleichsam im Austausch ihre Politik der „Pariaisierung“ des Regimes in Damaskus beenden und diesem eine aktive Rolle in der Irakpolitik einräumen.

3. Identitäten

3.1. Palästina

Das zentrale nicht intendierte Ergebnis des Sechstagekrieges ist die bis heute wirksame „Repalästinisierung“ des Nahostkonfliktes: Mit dem ersten arabisch-israelischen Krieg 1948/49 hatte sich dieser von einem im britischen Mandat Palästina ausgetragenen Konflikt zweier ethnischer Gruppen – zionistischen Juden und palästinensischen Arabern – zu einem Konflikt zwischen Staaten gewandelt: Israel auf der einen und den arabischen Staaten unter Führung Ägyptens auf der anderen Seite. Hatte der Krieg 1948/49 die Marginalisierung der palästinensischen Organisationen mit sich gebracht, so bildete jener 1967 den Ausgangspunkt dafür, dass sich die drei Jahre zuvor gegründete PLO von ägyptischer Kuratel befreite und zu einer originären Interessenvertretung der palästinensischen Nation wandelte: Mit der Niederlage 1967 war deren Vertrauen in die Fähigkeit und Bereitschaft der arabischen „Bruderstaaten“, ihre Selbstbestimmung herbeizuführen, dauerhaft erschüttert. Im Mittelpunkt der palästinensischen Ambitionen steht seitdem, einen genuin palästinensischen Nationalstaat zu erringen, während ideologische Auseinandersetzungen über dessen genaue Ausgestaltung zweitrangig sind. Die Art und Weise, wie sich, einem regionalen Trend folgend, der Islamismus in den palästinensischen Gebieten ausbreitete, widerspricht dieser Feststellung nicht, sondern bestätigt sie: Die Hamas verdankt ihren Aufstieg als ernsthafte Alternative zur Fatah, der von Yasir Arafat gegründeten und nach dessen Tod im November 2004 von Mahmud Ab-

bas geleiteten Mehrheitsfraktion der PLO, nur zu einem geringeren Grad ihrer Ideologie, einen islamistischen Staat Palästina gründen zu wollen. Vielmehr entwickelte sich die Hamas angesichts ihrer konsequenten Ablehnung des Friedensprozesses mit Israel in den Augen vieler Palästinenser/innen in den 1990er Jahren zu einer glaubwürdigen Alternative zur Fatah, die aufgrund ihrer Unterschrift unter das Osloer Vertragswerk zunehmend für die massiven besatzungspolitischen Restriktionen insbesondere in den Bereichen Ökonomie und Mobilität mit verantwortlich gemacht wurde. Auch die Entscheidung zugunsten der Hamas bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 war nicht etwa die Folge einer zunehmenden Popularität „islamischer“ Themen, vielmehr war die Stimmabgabe zugunsten der islamistischen Partei überwiegend deren Fähigkeit geschuldet, die ursprünglich von den USA gegen die Herrschaft Arafats lancierte Agenda von Good Governance zu vertreten und sich glaubhaft als integre Gegenelite zur korrupten Führung der Fatah zu präsentieren. Schließlich trägt die seitdem schwelende, gegenwärtig eskalierende Auseinandersetzung zwischen Fatah und Hamas gleichfalls weniger die Züge einer ideologischen Auseinandersetzung als die eines klassischen Machtkampfes.

Israel hatte den Kampf um seine Existenz unmittelbar nach Ausrufung seiner Souveränität am 14. Mai 1948 zwar bestanden und sich sogar als fähig erwiesen, gegenüber jenem Territorium, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen im November 1947 in Resolution 181 für einen israelischen Staat vorsah, weitere Gebiete von strategischer Bedeutung zu erobern. Die beiden folgenden Jahrzehnte stellten Israel indessen vor eine durchaus schwierige Situation: Die Transition eines sozialistisch inspirierten Agrarlandes in eine moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft war ein schwieriges und langwieriges Unterfangen, das Israel zum damaligen Zeitpunkt nicht ohne fremde Hilfe bewältigen konnte. Geradezu symbolisch kam dies dadurch zum Ausdruck, dass sich Israel in den 1950er Jahren zur Sanierung seines Staatshaushaltes gezwungen sah, Finanzhilfe aus der Bundesrepublik Deutschland anzunehmen. Sicherheitspolitisch befand sich Israel trotz erwiesener Wehrhaftigkeit insofern in einer prekären Situation, als es von feindlich gesinnten Staaten umzingelt war, deren Machtkapazitäten im Wachsen begriffen waren: Begleitet von einer aggressiven antizionistischen Propaganda vollzogen sich in Ägypten und Syrien ökonomische und militärische

Modernisierungsprozesse. Spätestens nach dem Suezkrieg 1956 bestand keine realistische Aussicht (mehr), den Konflikt friedlich beizulegen: Israel hatte sich aus Sicht der arabischen Welt (endgültig) als Imperialmacht erwiesen, indem es sich einer britisch-französischen Allianz angeschlossen hatte, die – wenngleich erfolglos – die Nationalisierung des Suezkanals mit militärischen Mitteln rückgängig zu machen versuchte.

Vor diesem Hintergrund gab der Triumph des Sechstagekrieges der israelischen Gesellschaft ein neues, ungeahntes Gefühl der Sicherheit und Befreiung. Der arabische Feind hatte sich als unfähig erwiesen, seiner Rhetorik Taten folgen zu lassen und die Grenzen Israels in Frage zu stellen. Stattdessen war es Israel trotz seiner geringen Ausdehnung gelungen, den Kriegsschauplatz in den arabischen Nahen Osten zu tragen, während das eigene Territorium von Kriegshandlungen weitgehend verschont blieb. Anschließend war Israel in der flexiblen Position, darüber zu befinden, unter welchen Bedingungen es sich auf die Rückgabe arabischen Territoriums einließ – oder den durch die Eroberungen herbeigeführten Zugewinn an strategischer Tiefe zu bewahren. Damit war das durch die Geschichte des Antisemitismus und den Holocaust ausgelöste kollektive Sicherheitstrauma des jüdischen Volkes zwar natürlich keineswegs aufgelöst, gestärkt durch den Junikrieg konnte sich aber in der Gesellschaft das Selbstbewusstsein entfalten, dass Israel ein in der Tat wehrhafter Staat sei, über dessen Schicksal definitiv nicht in Kairo oder Damaskus, sondern in Jerusalem entschieden werde.

Gerade aufgrund der Eindeutigkeit des militärischen Erfolgs bildete der Junikrieg demgegenüber auch den Impuls für eine Bewegung, die die eroberten Gebiete nicht primär unter sicherheitspolitischen Aspekten, sondern unter dem Blickwinkel der Identitätsstiftung für das jüdische Volk betrachtete: die Siedlerbewegung. Wie bei der Renaissance des palästinensischen Nationalismus unter Führung der PLO handelte es sich hier ebenso um einen bis heute wirksamen nicht intendierten Effekt des Junikrieges: Die religiös motivierten „Pioniere“ und Lobbyisten einer Einverleibung Ostjerusalems und des Westjordanlandes spielten bis zum Junikrieg keine politische Rolle in Israel, sondern bildeten sich als einflussreiche Gruppe erst danach allmählich heraus. Nach der Konstituierung durch den Junikrieg erhielt die Siedlerbewegung durch zwei wichtige Ereignisse weitere Schübe: den Oktoberkrieg 1973, als Israel in den besetzten Gebieten anfangs

in die Defensive geriet, und die israelisch-palästinensischen Verhandlungen in Oslo im Jahre 1993. Als das Szenario des militärisch erzwungenen bzw. durch eine israelische Regierung „fahrlässig“ herbeigeführten Verlustes der besetzten Gebiete kurzzeitig an Realitätsgehalt gewann, nutzte die Siedlerbewegung geschickt ihre Potenziale und erscheint zu Beginn des 21. Jahrhunderts als erfolgreichste zivilgesellschaftliche Bewegung Israels. Wie Tabelle 1 zu entnehmen ist, stieg die Zahl der Siedler/innen in den besetzten palästinensischen Gebieten selbst im Jahre 2005, als der israelische Staat sämtliche Siedlungen des Gazastreifens zwangsweise räumte.

Tabelle 1: Israelische Siedler/innen in den besetzten palästinensischen Gebieten

Jahr	West-jordanland	Ost-jerusalem	Gaza-streifen
1972	1.182	9.200	700
1983	22.800	75.000	900
1993	111.600	152.800	4.800
2004	234.487	182.250	7.826
2005	258.988	184.300	0

Quelle: Foundation for Middle East Peace 2007: Report on Israeli Settlement, www.fmep.org/settlement_info/stats_data/settler_populations/settler_populations_1972_2005_table.html.

3.2. Regionale Dimension

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist keine lokal auf die zwischen Israel und seinen arabischen Anrainern strittigen Territorien begrenzte Positionsdifferenz, vielmehr besitzt er eine Strahlkraft, die die gesamte arabische Welt und weitere Länder des Vorderen Orients, insbesondere Iran, erfasst und darüber hinaus das Verhältnis dieser Region zur westlichen Welt prägt.

Die Niederlage des Junikrieges 1967 beendete auf zwischenstaatlicher Ebene eine Situation äußerster Anspannung: Diese war das Resultat einer Welle von „Revolutionen von oben“, die ihren Ausgang 1952 in Ägypten nahm und dann, dem Vorbild der „freien Offiziere“ unter Führung Gamal Abd al-Nasirs nacheifernd, u. a. auf Syrien und den Irak überschwappte. Wie dies für revolutionäre Systeme charakteristisch ist, strebten diese nach Homogeni-

sierung ihrer Umwelt, wobei die Ideologie des Panarabismus als Instrument diente, das Herrschaftsmodell in alle arabischen Monarchien zu exportieren. Diese waren in die Defensive gedrängt, das saudische Regime musste seit 1962 unmittelbar in seiner Nachbarschaft im Jemen einen Stellvertreterkrieg gegen Ägypten ausfechten und sah sich einem Kampf ums politische Überleben ausgesetzt, der vielen Beobachter(inne)n als langfristig aussichtslos erschien. Diese Konstellation sollte sich durch den Krieg 1967 radikal ändern: Ägypten war nun auf finanzielle Unterstützung von außen angewiesen, die Saudi-Arabien und Kuwait (sowie Libyen) im Rahmen der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Khartum noch im selben Jahr gewährten. Damit waren die regionalen Beziehungen im politischen wie sozioökonomischen Bereich auf eine völlig neue Grundlage gestellt.

Die durch den Krieg 1967 angestoßene (und die Erdölrevolution 1973/74 verstärkte) Verwendung von Petrodollars zur Stabilisierung der arabischen Republiken beendete die systemische Konkurrenz zwischen arabischen Republiken und Monarchien. In den 1950er Jahren war die Idee der arabischen Nation zu einem Kampfbegriff geworden, mit Hilfe dessen die staatlichen Grenzen überwunden werden sollten, die im arabischen Raum überwiegend vom imperialen Europa gezogen worden waren. Seit 1967 akzeptieren die politischen Eliten im Nahen Osten hingegen prinzipiell den zwischenstaatlichen Status quo. Selbst der libanesische Bürgerkrieg (1975-1990), in dessen Verlauf ein klassischer *failed state* externe Interventionen seitens Israels und Syriens heraufbeschwor, führte nicht dazu, die staatliche Integrität des Libanon grundsätzlich in Frage zu stellen. Und als der Irak 1990 Kuwait überfiel und den Stadtstaat durch Annexion zu liquidieren versuchte, bewahrte Saddam Husain sogar die Beschwörung der Solidarität mit dem palästinensischen Volk nicht vor einer fast einhelligen Ablehnung in der arabischen Welt. Kurzum, durch den Junikrieg 1967 setzte sich das westfälische Prinzip in der arabischen Welt durch.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts deutet sogar einiges auf eine Konvergenz der ehemals systemisch verfeindeten arabischen Staaten hin: So kam es bei der Nachfolge des syrischen Präsidenten Hafiz al-Asads im Jahre 2000 zu einer Renaissance des einst aggressiv bekämpften dynastischen Prinzips, dem zufolge die Herrschaft vom Vater auf den Sohn übergeht. Es ist durchaus nicht auszuschließen, dass sich die grundlegende Differenz zwischen

Monarchie und Republik in wichtigen arabischen Ländern verwischt: Wurde eine „Redynastisierung“ der Herrschaft im Irak von der angelsächsischen Kriegscoalition 2003 blockiert, könnte sie möglicherweise in Ägypten und Libyen Realität werden, wo Gamal Mubarak bzw. Saifalislam al-Gaddafi als aussichtsreiche Kandidaten für das Amt des Staatshaupts gehandelt werden.

Sozioökonomisch abgesichert wurde das westfälische Prinzip in der arabischen Welt durch die Etablierung des petrolistischen Systems: Dieses basiert zum einen auf Transferzahlungen der erdölexportierenden Golfstaaten zugunsten der erdölarmeren Republiken und zum anderen auf Arbeitsmigration aus diesen in die bevölkerungsarmen Golfmonarchien. Im Austausch für die Stützung der maroden Haushalte der arabischen Republiken erhielten diese die Versicherung, dass die ehemals revolutionären Regime von ihrer bedrohlichen Forderung nach einer Sozialisierung des Erdölreichtums zugunsten der gesamten arabischen Nation ablassen würden. Die Staatsbürokratien Ägyptens und Syriens wurden unter Führung Sadats und Asads, die ihre Ämter 1970 bzw. 1971 antraten, zielsicher in konservatives Fahrwasser gelenkt. Die Migration von Arbeitskräften aller Qualifikationsniveaus aus Ägypten und anderen arabischen Republiken, die in den 1950er und 1960er Jahren ungleich höhere Entwicklungsanstrengungen als die Golfmonarchien unternommen hatten, entlastete die Entsendeländern zwar von akuten sozialen Problemen, trug jedoch langfristig zur entwicklungspolitischen Stagnation der arabischen Welt bei: Der *brain drain* reduzierte die Entfaltungsmöglichkeiten der jungen Industrien, und gleichzeitig kam es zu enormen Verzerrungen der Einkommensstrukturen, weil die Arbeitsmigranten ihre Familien durch Rücküberweisungen stützten. Zwar milderte dies das Armutproblem, reduzierte aber auch die Anreize, durch produktive Tätigkeiten im eigenen Land zur Ankurbelung der heimischen Wirtschaft beizutragen.

Die regionale Wirkmächtigkeit des Junikrieges 1967 ging zudem im politischen Bereich weit über die Ebene zwischenstaatlicher Politik hinaus. Nicht nur in den palästinensischen Gebieten, sondern in der gesamten arabischen Welt rief der Ausgang des Krieges große Enttäuschung hervor und erschütterte den Glauben an die Kraft der Ideologie des Panarabismus nachhaltig. Die pragmatische Lösung, zu der die politischen Eliten griffen, war für viele Menschen in der Region nicht attraktiv: Für die durch den Panarabismus politisch Mobilisierten der

Mittelschichten und teilweise der unteren Schichten bildeten das westfälische Prinzip und der Petrolismus keine überzeugende Problemlösung. Ihnen war in glühenden Farben ausgemalt worden, dass die revolutionären Führungen der jungen Republiken durch ihre Modernisierungspolitiken sowohl die Schwäche der arabischen Welt nach außen, die sich im verlorenen Krieg 1948/49 manifestiert hatte, als auch die interne Unterentwicklung mit all ihren negativen Folgen für die eigenen Lebenschancen beseitigen würden. Das neuerliche Versagen der arabischen Armeen im Sechstagekrieg und der Abbruch von (vielversprechenden, wenn auch schwierigen) Entwicklungsprojekten zugunsten einer (stabilitätsorientierten, aber wenig dynamischen) Politik des Krisenmanagements gab der oppositionellen Ideologie des Islamismus starken Auftrieb. Diese offenbarte den von der staatlichen Politik Frustrierten eine Alternative: nach innen durch die Präsentation einer vagen Vision, die eine umfassende, u. a. materielle Gerechtigkeit und die populistische Besinnung auf eine für sämtliche Muslime gültige Ethik einschloss, und nach außen durch die Fortsetzung des Ringens um Einigkeit in Form des Panislamismus, dessen sichtbarsten und populärsten Bezugspunkt ein als konsequent apostrophierter Kampf gegen den Zionismus bildete. Der Junikrieg trug demnach nicht nur insofern zu regionaler Stagnation bei, als er den Ausgangspunkt für einen produktivitätshemmenden Modus vivendi zwischen arabischen Republiken und Monarchien bildete. Vielmehr förderte er zudem eine oppositionelle Ideologie, der es an fundierter Entwicklungsorientierung und der Perspektive einer friedlichen Beilegung des israelisch-arabischen Konfliktes gebrach.

3.3. Globale Dimension

Der Junikrieg und die Folgen sollten das Amerikabild der arabischen Welt nachhaltig verändern. Bis zu jenem Zeitpunkt genossen die USA einen im Vergleich zu den europäischen Großmächten, Großbritannien und Frankreich, eher guten Ruf bei den arabischen Anrainern Israels. Diesen verdankten sie ihrer ausbalancierten Politik im Nahostkonflikt, die bis zum Junikrieg eine direkte Unterstützung Israels weitgehend den europäischen Verbündeten überließ, sowie dem nachhaltigen Druck, den Washington im Suezkrieg auf London ausübte und der schließlich für einen Rückzug der britisch-französisch-israelischen Allianz sorgte.

Die seit 1967 manifeste, machtpolitisch motivierte Unterstützung der USA zugunsten Israels wurde in der Wahrnehmung der arabischen Gesellschaften ideologisch aufgeladen. Da der Beginn der israelisch-amerikanischen Allianz und der Besatzungspolitik Israels in den palästinensischen Gebieten koinzidierten, verdichteten sich Ressentiments gegen Washington rasch zu einem Anti-Amerikanismus, der alle Schichten und Länder der arabischen Welt umspannte. Der Anti-Amerikanismus sollte sich als flexible Ideologie herausstellen, die durch die fortgesetzte US-amerikanische Toleranz der israelischen Besatzungspolitik in Palästina bis heute immer wieder neue Nahrung erhält: So wird die Außenpolitik der USA im Nahen Osten von arabischer Seite je nach spezifischen Interessen und Bedürfnissen für völlig unterschiedliche politische Kritiken und Erklärungen von Defiziten instrumentalisiert: als Beleg für die vermeintlich nur mit externer Unterstützung ermöglichte militärische und ökonomische Überlegenheit Israels, als Beweis für die „jüdisch-zionistische Steuerung“ US-amerikanischer Politik, als Indiz für den „imperialen Charakter“ aller US-amerikanischen Initiativen im Nahen Osten, insbesondere Forderungen nach Demokratisierung und Förderung von *Good Governance*, oder auch als Ausdruck der korrumpierten arabischen Regierungen, die mit den USA und/oder Israel kooperieren.

Die Europäische Union wurde häufig – und dies durchaus nicht völlig unberechtigt – dafür kritisiert, im Nahen Osten keine machtpolitisch effektiven Akzente zu setzen. Auf deklaratorischer Ebene hingegen hat der Europäische Rat seit der „Erklärung von Venedig“ (1980) eine konsequent ausgewogene Politik im israelisch-arabischen Konflikt verfolgt und dem Ziel, die Existenz des Staates Israel zu sichern, jenes beigefügt, das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung umzusetzen. Trotz aller Kritik der arabischen Welt an Europas „lavierender“ Haltung und machtpolitischer Schwäche hat die deklaratorisch deutlich von den USA abgesetzte europäische Position des 20. Jahrhunderts im Nahostkonflikt wesentlich dazu beigetragen, dass der arabische Anti-Amerikanismus nicht zu einer anti-westlichen Ideologie mutierte.

4. Resümee

Paradoxerweise hatte der Sechstagekrieg erstmals die Option auf einen israelisch-arabischen Verhandlungsfrieden eröffnet: Durch seine Eroberungen

vermochte Israel den arabischen Staaten territoriale Faustpfänder anzubieten, und die arabischen Staaten besaßen deshalb ihrerseits einen Anreiz, mit Israel über Frieden zu verhandeln. Jedoch nur im israelisch-ägyptischen Fall sollte diese Logik aufgehen, in der Region des Nahen Ostens insgesamt hingegen bildete sich ein gordischer Knoten heraus, dessen Zerschlagung selbst zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht absehbar ist. Dies ist wesentlich dem Zusammenspiel des durch den Junikrieg ausgelösten Identitätswandels der Akteure geschuldet: Zwar internalisierten Israel seinen Triumph und die ehemals revolutionären, außenpolitisch aggressiven arabischen Staaten ihre Niederlage, so dass es seit 1967 zu keinem umfassenden Krieg im Nahen Osten mehr kam und in den zwischenarabischen Beziehungen das westfälische Prinzip Einzug hielt. Als fatal sollten sich allerdings die langfristigen Wirkungen des Sechstagekrieges auf (zwischen-)gesellschaftlicher Ebene herausstellen: In Israel gedieh die expansionistische Siedlerbewegung, und im arabischen Raum wurden durch die konservative Wende die Ambitionen politisch mobilisierter Bevölkerungskreise so stark frustriert, dass sich die revolutionäre Dynamik in unproduktiver und reaktionärer Weise auf die antizionistischen Oppositionsbewegungen des Islamismus verlagerte.

Literatur

- Mejcher, Helmut (1998): Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten, München.
- Nahas, Maridi (1985): State-Systems and Revolutionary Challenge. Nasser, Khomeini, and the Middle East, in: International Journal of Middle East Studies 17, S. 507-527.
- Segev, Tom (2007): 1967. Israels zweite Geburt, München.
- Telhami, Shibley (1990): Power and Leadership in International Bargaining. The Path to the Camp David Accords, New York, NY.

■ Der Autor

PD Dr. Martin Beck ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES). Außerdem ist er Privatdozent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg. E-Mail: beck@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/beck>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Der Nahostkonflikt sowie die internen Entwicklungen in Palästina und Israel gehören zu den Hauptthemen des IMES. Gleichzeitig werden Fragen der regionalen Politik im Nahen Osten in vergleichender Perspektive im GIGA-Forschungsschwerpunkt 2 „Gewaltdynamiken und Sicherheitskooperation“ vertiefend analysiert, insbesondere in der Arbeitsgruppe „Regionale Führungsmächte“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Martin Beck (2006): Zur Kritik am Sommerkrieg im Nahen Osten, in: *Die Friedens-Warte* 81.2, S. 91-95.

Martin Beck (2005): Von der Spannung über die Krise zur Gemeinsamkeit? Zu den außenpolitischen Ansätzen und Perspektiven der USA und der EU gegenüber dem Nahen Osten, in: Hans-Georg Ehrhart/Margret Johannsen (Hrsg.), *Herausforderungen Mittelost. Übernimmt sich der Westen?*, Baden-Baden, S. 164-179.

Martin Beck (2004): Jenseits globaler Trends. Zur Bedeutung der israelisch-amerikanischen Allianz für das palästinensische Herrschaftssystem, in: Peter Pawelka/Lutz Richter-Bernburg (Hrsg.), *Religion, Kultur und Politik im Vorderen Orient. Die Islamische Welt im Zeichen der Globalisierung*, Wiesbaden, S. 93-106, www.buergerimstaat.de/2_3_03/allianz.htm.

Martin Beck (2002): *Friedensprozeß im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient*, Wiesbaden.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Nahost* wird vom Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM